KAV NW
Kommunaler Arbeitgeberverband Nordrhein-Westfalen

P r e s s e i n f o r m a t i o n

Wuppertal, 19. März 2026

Streiks der Gewerkschaft ver.di im kommunalen Nahverkehr allein (noch) mit dem Ziel der Mitgliederwerbung

- **Ver.di verharrt auf seinen völlig unrealistischen Ausgangsforderungen**
- **Aktuelle Streikaktionen der Gewerkschaft sind völlig überzogen und gehen allein zu Lasten der Bevölkerung**
- **Funktionärspolitische Interessen der Gewerkschaft gehen offensichtlich dahin, eine Verständigung in der dritten Verhandlungsrunde und ein Wiederinkraftsetzen des kommunalen Nahverkehrstarifvertrags zu verhindern**
- **Arbeitgeber zeigen ihrerseits Lösungen für eine Gesamtpaketeinigung auf und streben Einigung in der dritten Verhandlungsrunde an**

Die aktuellen Streikaktionen auf dem Rücken der Bevölkerung sind völlig überzogen; das aktuelle Ausmaß der Streiks ist durch nichts zu rechtfertigen. Der Grundsatz, dass Streiks in den Verhandlungen nicht das erste, sondern das letzte Mittel in einer Tarifauseinandersetzung sein sollen, wird von der Gewerkschaft ver.di vor dem Hintergrund des funktionärspolitischen Aspekts der Mitgliederwerbung derzeit vollends missachtet.

Bekanntlich sind die Arbeitgeber bereits in der ersten Tarifverhandlungsrunde mit dem Angebot eingestiegen, einen Zukunfts- und Transformationstarifvertrag zu verhandeln, was von ver.di rundweg abgelehnt worden ist. Auch in der zweiten Tarifrunde sind die Arbeitgeber mit einer klaren Angebotsstruktur in die Tarifverhandlungen gegangen und haben im Zusammenhang mit der ausführlichen Darlegung und Begründung ihrer Position nochmals ausdrücklich erklärt, dass sie eine Gesamtpaketlösung in der dritten Runde anstreben, in welcher auch die Frage der Verlängerung der Ruhezeit mit eingehen

könnte. Auch die weitere Hauptforderung von ver.di, nämlich ein weiterer freier Tag für Gewerkschaftsfunktionäre, für den das Fahrpersonal aktuell streikt, könnte Teil eines Gesamtpaketes sein. Die Gewerkschaft ver.di verharrt allerdings – auch nach zwei Tarifverhandlungsrunden – weiterhin bei ihren Ausgangsforderungen und ist in den aus Arbeitgebersicht wesentlichen Verhandlungspunkten weder gesprächs- noch kompromissbereit.

Die größte Hürde in den Tarifverhandlungen ist sicherlich, dass ver.di unverändert auf seiner völlig irrealen Forderung besteht, die wöchentliche Arbeitszeit um zwei Stunden zu verkürzen, und das bei vollem Lohnausgleich. Dies würde bekanntlich umgerechnet zwölf zusätzlichen freien Tagen entsprechen, die zu den 30 Urlaubstagen und den bis zu vier Entlastungstagen hinzukämen (bzw. einer zusätzlichen prozentualen Kostenerhöhung von rd. 5,6 Prozent). Und das alles, obwohl gerade erst die Tabellenentgelte für das Fahrpersonal um 5,8 Prozent erhöht worden sind und das Weihnachtsentgelt auf 100 Prozent angehoben wurde.

Hierzu Statement Bernhard Langenbrinck, Hauptgeschäftsführer des Kommunalen Arbeitgeberverbandes Nordrhein-Westfalen:

„Die geforderte Verkürzung der Wochenarbeitszeit um zwei Stunden bei vollem Lohnausgleich würde ein zusätzliches Kostenvolumen von 5,6 Prozent bedeuten und entspräche umgerechnet einem Zeitvolumen von zusätzlichen zwölf freien Tagen. Würde man den Forderungen der Gewerkschaft nachkommen, wären Kürzungen im Leistungsangebot des ÖPNV, also z.B. Kürzungen im Streckenangebot oder auch eine Verlängerung der Takte beim Fahrplan, unausweichlich.“

Besonders bedauerlich ist, dass selbst der in der zweiten Verhandlungsrunde unterbreitete Vorschlag der Arbeitgeber, in einer gemeinsamen kleinen Arbeitsgruppe mit ver.di bis zur dritten Tarifverhandlungsrunde Lösungswege für die streitrelevanten Themenstellungen aus dem Bereich der Entgeltordnung des Nahverkehrstarifvertrags zu erarbeiten, von der Gewerkschaft abgelehnt worden ist. Dies macht nochmals deutlich, dass ver.di nicht auf eine Verhandlungslösung setzt, sondern durch ihre - ohne jegliches Maß und Ziel geführten - Streikaktionen offensichtlich allein funktionärspolitische Erwägungen der Mitgliedergewinnung in den Vordergrund stellt.

Dazu im Weiteren, Bernhard Langenbrinck:

„Es wird zunehmend erkennbar, dass die Gewerkschaft ver.di nicht an einer schnellen Verhandlungslösung interessiert ist, sondern stattdessen zu Lasten der Nutzerinnen und Nutzer des ÖPNV auf weitere Streikaktionen ohne Maß und ohne Ziel - offensichtlich allein aus Gründen der Mitgliederwerbung - setzt. Die Position der Gewerkschaft, dass alle ihrer Forderungen bedient werden müssen, die aus Arbeitgebersicht wichtigen Verhandlungspunkte aber allesamt abgelehnt werden, ist unrealistisch und macht deutlich, dass die Gewerkschaft aktuell offensichtlich kein Verhandlungsergebnis erreichen will. Tarifverhandlungen sind aber keine Einbahnstraße; auch die Arbeitgeber müssen ihre Positionen im Rahmen eines Gesamtpakets wiederfinden.“

Die Arbeitgeber setzen trotz der Verweigerungsstrategie der Gewerkschaft weiterhin auf eine Tarifeinigung in der dritten Verhandlungsrunde, die am 24. und 25. März 2026 stattfindet.

Hinweis:

Der KAV NW mit Sitz in Wuppertal ist der größte der 16 kommunalen Arbeitgeberverbände in der Bundesrepublik Deutschland. Diese haben sich auf Bundesebene zur Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände (VKA) zusammengeschlossen. Dem KAV NW gehören alle nordrhein-westfälischen Kreise, Städte und Gemeinden sowie weitere rd. 900 kommunale Einrichtungen und Unternehmen (Landschaftsverbände, Flughäfen, Ver- und Entsorgungsbetriebe, Krankenhäuser und Pflegeeinrichtungen, Sparkassen sowie Nahverkehrs- und Hafenbetriebe) mit insgesamt ca. 600.000 Beschäftigten an.

Kontakt:

Geschäftsführer Torsten Herbert
Kommunaler Arbeitgeberverband NW
Tel.: 0202 / 25513-26
E-Mail: herbert@kav-nw.de